

Hilfen für Stadtteile dringend notwendig

■ Quartiere stärken

Besonders entlang der Talachse finden sich in Wuppertal Stadtteile und Quartiere in zunehmend schwieriger Lage.

Beispielhaft erwähnt seien hier die Bereiche Arrenberg/Vogelsaue, Oberbarmen/Wichlinghausen, Unterbarmen, Nordstadt und Ostersbaum.

Diesen Stadtteilen gemeinsam ist eine Gemengelage von städtebaulichen Missständen, unzureichenden Lebensbedingungen, unter anderem für Kinder und Jugendliche und einer hohen Anzahl arbeitsloser und sozialhilfebeziehender Menschen, um nur einige Aspekte zu nennen.

Dem entgegenzuwirken und die Lebensbedingungen im Stadtteil zu verbessern, wird seit einiger Zeit mit durchaus bereits erkennbaren Erfolgen im Bereich Ostersbaum versucht. Unter Federführung der Stadtverwaltung, die gemeinsam mit dem Nachbarschaftsheim e.V. das dortige Stadtteilbüro betreibt und mit ständiger Begleitung der Stadtteilkonferenz Ostersbaum, wird – mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen – an einer Vielzahl von Projekten in Zusammenarbeit mit einer großen Zahl von Institutionen und Einrichtungen gearbeitet. Eine vollständige Auflistung würde den hier verfügbaren Rahmen sprengen, daher nur beispielhaft einige Bereiche: Kinder- und Jugendarbeit, Pflege, Erhaltung und Ausweitung von Grünflächen, Unterstützung von berufsqualifizierenden Maßnahmen, kulturelle Projekte verschiedenster Art. Bei allen Maßnahmen wird besonderer Wert darauf gelegt, dass die Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten und Altersstufen möglichst weitgehend in Planung und Umsetzung einbezogen sind.

Die im Bereich Ostersbaum anzutreffenden Probleme im Bereich der Sozial- und Infrastruktur finden sich auch in anderen Quartieren. Beispielhaft zwei kurze Schilderungen GRÜNER Vertreter/innen in den Bezirksvertretungen Oberbarmen und Elberfeld.

Oberbarmen/Wichlinghausen

Der Stadtteil Oberbarmen hat in den letzten Jahren eine negative Entwicklung durchlebt. Zunehmend ist auch der Stadtteil Wichlinghausen von dieser Entwicklung betroffen. Die problematische Struktur dieser beiden Bezirke ist gekennzeichnet durch einen hohen Bestand an Altwohnungen in sanierungsbedürftigen Häusern, den Rückgang von Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistung, den hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte. Oberbarmen und Wichlinghausen liegen im

Stadtteilentwicklung in Wichlinghausen ist dringend erforderlich

Die Auswertung

■ Die Wuppertaler GRÜNEN nach der Entscheidung von Rostock

Im Vorfeld der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) vom 23.-25. November in Rostock hat sich der Wuppertaler Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf seiner ordentlichen Mitgliederversammlung am 10. November für ein entschlossenes Vorgehen gegen den Terrorismus ohne Einsatz militärischer Gewalt ausgesprochen und ein schnelles Eingreifen der internationalen Gemeinschaft zur Rettung der afghanischen Flüchtlinge angemahnt.

Nach zweistündiger Diskussion, die von Nachdenklichkeit und Sorge über die weitere Entwicklung des Konflikts geprägt war, schloss sich die Mitgliederversammlung mit 34 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung einer Resolution von 26 Kreisverbänden in NRW an, in der die Einstellung der Angriffe auf Afghanistan gefordert wird, "um die afghanische Zivilbevölkerung zu schonen, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen und eine weitere Eskalation des Konflikts mit unabsehbaren Risiken zu vermeiden." Ebenso ergab sich eine Zweidrittelmehrheit für die Beendigung

der Koalition auf Bundesebene, falls der Bundestag für eine Entsendung deutscher Soldaten stimmen würde. In den darauffolgenden Tagen überschlugen sich die Ereignisse in Berlin. Die Sachfrage "Bundeswehreinsatz" verknüpfte Kanzler Schröder mit der Vertrauensfrage und setzte so gerade die GRÜNE Bundestagsfraktion unter einen ungeheuren Druck. Die im Grundgesetz verankerte Aussage, jeder Bundestagsabgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet, setzte er moralisch außer Kraft und erreichte sein Ziel: die rotgrüne Koalition sprach ihm ihr Vertrauen aus. Vier GRÜNE Bundestagsabgeordnete verweigerten sich und votierten gegen den Kanzler. Unter den GRÜNEN war man/frau sich einig: über den Fortbestand der Koalition kann nur die Bundesdelegiertenkonferenz entscheiden und die stand kurz bevor, in Rostock.

Die drei Wuppertaler Delegierten hatten ein eindeutiges Mandat, sie sollten den Beschluss des Wuppertaler Kreisverbandes vertreten und gegen den Einsatz der Bundeswehr stimmen. Zwei der drei ordentlichen Delegierten sollten für die Beendigung der Koalition stimmen, falls die Aufrechterhaltung der Koalition zur Abstimmung gestellt würde. Wie hinlänglich bekannt, stimmte eine Mehrheit der Bundesdelegierten nach einer 8-stündigen kontrovers geführten Debat-

te einem Antrag des GRÜNEN Bundesvorstandes zu, der im Kern die Akzeptanz des Bundeswehreinsatzes und die Fortführung der Koalition beinhaltete. Wieder zurück in Wuppertal zogen einige Delegierte persönliche Konsequenzen aus dieser bundespolitischen Niederlage. Zwei der drei ordentlichen Wuppertaler Delegierten, Petra Bill und Anja Liebert sowie die Ersatzdelegierte Pia Hammel, traten aus der Partei aus.

Eine für die Wuppertaler GRÜNEN schmerzliche Reaktion, zumal Petra Bill als Sprecherin des Kreisverbandes und frühere Stadtverordnete kommunalpolitisch mit großem Engagement GRÜNE Politik vor Ort vertreten hat. Der Kreisverband bedauert diesen Schritt sehr. Für den 13. Dezember ist seit mehreren Wochen eine Mitgliederversammlung geplant, der Hauptdiskussionspunkt wird die Auswertung der Bundesdelegiertenkonferenz sein. Unabhängig von dem Ausgang dieser Diskussion muss eines deutlich bleiben: Die Wuppertaler GRÜNEN haben nach wie vor sehr gute Gründe, ihre Politik vor Ort fortzusetzen. Es gibt in Wuppertal keine Alternative zu unserer nachhaltigen sozialen und ökologischen Politik.

Stellungnahme von Michael Hohagen, stellvertretender Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes Wuppertal

AUS DEM INHALT

Mobilfunk ist überall S. 2

Flächenverschwender

-Ohrfeige durch das Pestel-Gutachten S. 2

Wuppertal vor der Pleite? S. 3

Natur nicht zerstören S. 3

Ratschroniken

September und November S. 4

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, das Jahr 2001 geht seinem Ende entgegen.

In dieser Ausgabe unserer Zeitung informieren wir Sie wieder über die wichtigsten Themen in unserer Stadt. Im Schwerpunkt berichten wir über Stadt(teil)entwicklung, die trotz katastrophaler Haushaltssituation dringend in Wuppertal fortgeführt und intensiviert werden muss. Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Zeit, ein schönes Weihnachtsfest sowie einen schönen Jahresausklang und ein friedlicheres 2002.

KURZ & klein

GRÜNER Antrag zum Personal in Schulbibliotheken

Die GRÜNE Fraktion stellt in mehreren Gremien und zuletzt in der Dezember-Ratssitzung den Antrag, dass in der Phase der Übergangswirtschaft bis zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes sicherzustellen ist, dass

1. die Schulbibliotheken als Einrichtungen der Stadtbibliothek fortgeführt werden
2. der Geschäftsbereich bzw. die Leitung der Stadtbibliothek alle Einrichtungen der Stadtbibliothek gleichmäßig mit Personal versorgt.

Die Aufrechterhaltung des städtischen Personals in Schulbibliotheken ist für die GRÜNEN notwendig, weil doch der zukunftsorientierten Bildung von Schülerinnen und Schülern eine wachsende Bedeutung zukommt. Schulbibliotheken müssen Priorität bei allen Strukturveränderungen der Stadtbibliothek haben. Der hohe Nutzungsgrad spricht für die Beibehaltung. Darüber hinaus halten die GRÜNEN Beratung durch Fachpersonal auch weiterhin für notwendig. Die Schülerinnen und Schüler werden dadurch auf späteres wissenschaftliches Arbeiten vorbereitet.

GRÜNE einverstanden mit Verschiebung der Haushaltsberatungen

In der letzten Sitzung des Ältestenrates beschlossen alle im Rat der Stadt Wuppertal vertretenen Fraktionen einvernehmlich, die Beratungen des Doppelhaushaltes 2002/2003 zu verschieben. Die GRÜNEN stimmten für dieses Vorgehen, da angesichts des jetzigen neuen Defizits keine soliden Haushaltsberatungen möglich wären. Wir sind damit einverstanden, den Haushalt nicht jetzt zu beraten. Vor allem aus Gründen der Planungssicherheit für die Vereine und Verbände in Wuppertal ist es uns jedoch wichtig, spätestens Anfang nächsten Jahres die Haushaltsberatungen durchzuführen und einen Haushalt zu verabschieden, da bereits im November die Steuerzuschätzungen vorgelegt wurden. Damit liegen gesicherte Zahlen vor, die eine solide Haushaltsberatung in Wuppertal ermöglichen. Wir fordern alle Bundestagsfraktionen dazu auf, die zweite Stufe der Steuerreform, die 2005 greifen soll, nicht vorzuziehen. Wir sind in Wuppertal schon jetzt mindestens am Rande der kommunalen Handlungsfähigkeit; wenn die Reform jetzt vorgezogen würde, wäre in Wuppertal überhaupt kein Handlungsspielraum mehr möglich.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Bettina Brucher, Guido Gehrenbeck, Christel Harz,
Jürgen Harz, Michael Hohagen, Jakob Klein,
Petra Lückerrath, Klaus Lüdemann, Peter Menke,
Sylvia Meyer (Redaktion), Ursel Simon, Irmgard Wohler

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH, Tannenbergstr. 35,
42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 30 640

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; Theater an der Gathe;
Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein,
Bahnhof Unterbarmen; Cinema, Berliner Straße;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz;
Lebensbaum, Sophienstraße; ASIA, Berg, Universität;
BUND, Völklinger Straße 3a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Steigende Zahl an Sendemasten erfordert politische Regulierung

Flächenverschwender

■ Ohrfeige durch Pestel-Gutachten

Eine Ohrfeige für alle, die noch mehr Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese ausweisen wollen, sind die Ergebnisse des Pestel-Gutachtens.

Zwar gehen auch die Pestel-Gutachter von einem Bedarf von mehr als 300 neuen Einfamilienhäusern pro Jahr aus, jedoch nur bei deutlich geringeren Grundstückspreisen. Hier weisen die Gutachter auf das Beispiel Hameln hin, wo die Stadt riesige Neubaugebiete auswies; dort führte dies sogar zu einem Zuwachs der Bevölkerung. Das Beispiel aus der Rattenfängerstadt Hameln ist auf Wuppertal nicht übertragbar. Sollte Wuppertal eine ähnliche Strategie beschließen, würden am nächsten Tag mehrere Grundstücksbesitzer bei Herrn Henke und Herrn Köster (Haus & Grund sowie FDP-Stadtverordnete) auf der Matte stehen und fordern, dass sie dies verhindern müssen, da sie schließlich 500 DM pro qm für ihre Grundstücke ha-

ben wollen. Die GRÜNEN wollen aus ökologischen Gründen keine riesigen Neubauflächen.

Die GRÜNE Fraktion sieht in dem Gutachten auch eine Bestätigung der Studie des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (Haimo Bullmann). Der hatte ein Planungsziel von 150 neuen Einfamilienhäusern pro Jahr ermittelt. Die Pestel-Gutachter kommen bei konstanten Grundstückspreisen sogar nur auf einen Bedarf von unter 100 pro Jahr.

Für die Bündnisgrünen ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Der FNP-Entwurf muss überarbeitet werden. Die für Einfamilienhaus-Bebauung vorgesehenen Flächen müssen drastisch reduziert werden.
2. Es müssen bezahlbare attraktive Angebote für Familien in Mehrfamilienhäusern geschaffen werden.
3. Die Förderung der Innenentwicklung (in den Stadtteilen) muss forciert und mit Geld ausgestattet werden. Die GRÜNEN werden sich weiterhin dafür einsetzen, das Leben in der Stadt wieder attraktiver zu gestalten.

Hilfen für Stadtteile dringend notwendig

Fortsetzung von Seite 1

„Armutsgürtel“ Wuppertals und der Anteil ausländischer Mitbürger/innen liegt bei über 20%. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen und soziale Destabilisierung machen ein sofortiges Handeln im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung dringend erforderlich. Die Stadt Wuppertal hat die Notwendigkeit eines Schlüsselprojektes in der Stadtentwicklung für Oberbarmen und Wichlinghausen erkannt. Hierzu hat der neue Stadtteilmanager ein Handlungskonzept vorgelegt, das die bereits vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Netzwerke mit einbezieht. Sehr zu begrüßen sind die Leitgedanken des Konzeptes. Bewohner/innen, Vereine, Organisationen und Institutionen, sowie Wirtschaft und Gewerbe sollen einbezogen werden.

Nordstadt

1974 sollte sie abgerissen werden, die Elberfelder Nordstadt, das größte zusammenhängende Gründerzeitviertel in Deutschland, vielleicht in Europa. Nur weil die Stadt damals kein Geld hatte, wurde der Plan aufgegeben. In der Folge zogen Einwanderer und Studenten in die Wohnungen. Der Ausländeranteil stieg auf 30%. In den Schulen sind die Kinder der Einwanderer in der Mehrheit.

Für ein besseres Zusammenleben der Menschen im Stadtteil und als soziale Koordinierungsinstanz gründete sich 1992 der Arbeitskreis Nordstadt.

Eine alljährliche Aktion: das Nordstadtfest. Mit der Eröffnung des Stadtteilbüros in der Marienstraße im Januar 2001 wurde die Stadtteilarbeit in der Nordstadt auf eine breitere Basis gestellt. Es gab zeitweise sogar eine hauptamtliche Büroleiterin.

Die Probleme, die von den Menschen zwischen Ölberg und Kreuzkirche genannt werden, sind immer die gleichen: Hundekot, fehlende Parkplätze, Unsicherheit für Kinder und vieles mehr. Der Arbeitskreis Nordstadt wirkt u.a. präventiv im sozialen Bereich - etwa mit dem Programm „Erlebnisse statt Gewalt“. Wichtig ist die Vernetzung eines Stadtteilmanagers mit den vielen ehrenamtlichen Aktivitäten vor Ort.

Die Zeitschrift „Nordpool“ wurde bisher von einigen wenigen Aktiven erstellt. Jetzt droht aus Personalnot das Ende. Die Einzelhändler haben sich mehrfach getroffen, es fehlt noch die gemeinsame Aktion.

Es bleibt weiter erforderlich, Aktivitäten für die Innenentwicklung zu verstärken, damit das Leben in den Quartieren auch für Familien mit Kindern wieder attraktiver wird.

Neue Hoffnung für die Verfestigung der Arbeit an der Marienstraße kam in den letzten Wochen mit dem Verwaltungspapier 4439/01 „Konzept Integrierte Stadtteilentwicklung in Wuppertal“: Danach soll in der Elberfelder Nordstadt ein integriertes Handlungskon-

Mobilfunk ist überall

■ Immer mehr Initiativen gegen Funkstrahlen

Der Mobilfunksender von D2 Vodafone auf dem Dach der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule bewegte die Gemüter, insbesondere bei den Schülerinnen und LehrerInnen der Schule.

Auch in anderen Stadtteilen bildeten sich Initiativen von AnwohnerInnen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Mobilfunkstrahlen befürchten. Mit einem Bürgerantrag haben über 2000 Menschen ein Verbot von Anlagen in Wohngebieten und auf städtischen Gebäuden sowie größere Sicherheitsabstände gefordert.

Wir haben die Umsetzung der Vereinbarung zwischen den Mobilfunkbetreibern und dem Städtetag gefordert: eine Koordinationsstelle, eine Datenbank aller Sendeanlagen und Verhandlungen über Alternativstandorte. Dies wurde inzwischen umgesetzt. Die Forderung nach dem Verbot der Sendeanlagen auf städtischen Gebäuden wurde von der Verwaltung nach längerer interner Beratung verworfen. „Wenn wir

den Sender auf dem Dach einer Schule verbieten und der Sender kommt auf das Haus gegenüber, haben wir doch nichts gewonnen!“ - Doch: zwischen 6.000 und 12.000 DM im Jahr. Leider werden die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nicht ganz ernst genommen. Viel Unwissenheit kam in den Ausschüssen bei der Beratung des Bürgerantrags heraus. Aber auch dreister gesunder Menschenverstand: „Bei UMTS wird die Sendeleistung größer und damit wird doch automatisch der Sicherheitsabstand größer“, so die Äußerung eines Vertreters der CDU. Das Gegenteil ist natürlich richtig. Der Sender auf der ELSE steht noch. Herr Dr. Flunkert vom Gebäudemanagement hat angedeutet, dass man über die Anlage mit dem Betreiber noch einmal verhandeln will. Weitere Anlagen will das Gebäudemanagement nicht zulassen, weil die Zeitbelastung durch die Diskussionen der Manager mit Schulen inzwischen größer ist als der wirtschaftliche Nutzen. Quintessenz der GRÜNEN: Wir sind ein Stück vorgekommen, aber die wesentlichen Forderungen sind nicht erfüllt. Das Thema wird uns weiter beschäftigen.

Wuppertal meets Berlin – Fraktionssprecher Peter Vorsteher im Gespräch mit der Berliner Haushaltsexpertin MdB Christine Scheel

zept entwickelt werden. Ein Stadtteilmanager/eine Stadtteilmanagerin soll den Prozess begleiten.

Die Bezirksvertretung Elberfeld nahm am 28.11. die Verwaltungsdrucksache zustimmend zur Kenntnis (auch mit den Stimmen der CDU). Damit ist wahrscheinlich, dass die Elberfelder Nordstadt einen Stadtteilmanager bekommen wird. Wenn jetzt noch die Finanzierung des Stadtteilbüros gesichert wird, könnte wirklich die Stadtteilpost abgehen.

Wir haben uns sehr für die Verstärkung der Aktivitäten für die Innenentwicklung eingesetzt - damit wird das Leben in den Innenstadtquartieren auch für Familien mit Kindern wieder attraktiv. Diese kurzen Schilderungen machen deutlich, dass an vielen Stellen großer Handlungsbedarf besteht. Dies hat dankenswerterweise auch die Stadtverwaltung erkannt und zur letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses eine Vorlage erarbeitet, die eine Reihe wichtiger Maßnahmen vorsieht. Die Stadtverwaltung schlug u.a. vor, für die eingangs genannten Stadtteile/Quartiere - soweit noch nicht geschehen - „integrierte Stadtteilentwicklung“ in Gang zu setzen und zu fördern, dort eine/n der oben bereits einmal erwähnten Stadtteilmanager/in einzusetzen, um eine Vielzahl wichtiger Erneuerungsprozesse in Gang zu setzen. Hierzu wurde seitens der Stadtverwal-

tung nicht einmal zusätzliches Geld von den Kommunalpolitiker/innen gefordert. Es half aber nichts: mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen den Widerstand u.a. vom Vertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde der Vorschlag der Stadtverwaltung durch ein CDU/FDP-Papier ersetzt, das die wichtigen Anliegen verwässert und mit vielen Fragezeichen versieht.

Aus Sicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bleibt festzuhalten:

Die Durchführung der notwendigen Stadtteilprojekte darf nicht durch Kürzung oder Streichung bereits vorhandener Gelder verhindert werden. Ebenso wenig sollte der Stadtverwaltung untersagt werden, aus dem vorhandenen Personal Mitarbeiter/innen mit der wichtigen Aufgabe des Stadtteilmanagements zu beauftragen.

Mittel für Wohnumfeldverbesserung, Erhaltung alter Bausubstanz, Pflege und Wiederherstellung von Spiel- und Bolzplätzen, Einrichtung von Spielstraßen und verkehrsberuhigten Zonen sind notwendig. Die bestehenden Einrichtungen und Angebote der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit sind unverzichtbar und müssen auch weiterhin unterstützt werden. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN werden auch weiterhin nach Kräften daran arbeiten, die Entwicklung in den Innenstadtquartieren voranzutreiben, damit das Leben dort für die Menschen attraktiver wird.

Wuppertal vor der Pleite?

■ Wir wollen die Stadt nicht kaputtsparen!

Angesichts der dramatischen Einbußen bei den Steuereinnahmen der Kommunen und den zu erwartenden zusätzlichen Einbußen als Folge des Steuersenkungsgesetzes steht Wuppertal am Rande der Pleite.

Stadtentwicklung und Regionale 2006 sichern!

Die Regionale 2006 ist das kommunale Konjunkturprogramm der nächsten Jahre schlechthin und damit Zukunftsinvestition und muss durchgeführt werden. Andernfalls wäre Stadtentwicklungspolitik in den nächsten Jahren nicht möglich. Als Folge des Umbaus Döppersberg und der Durchführung der Regionale 2006 wird nach seriösen Prognosen den städtischen Investitionen ein bis zu 10faches Investitionsaufkommen von Außen folgen. Eine Chance, die auf jeden Fall nach Ansicht der GRÜNEN genutzt werden muss.

Das heißt, dass die Stadt dieses strukturelle Defizit nicht selbst verursacht hat und es aus eigener Kraft auch nicht ausgleichen kann. Die GRÜNEN sind entgegen den Äußerungen von Oberbürgermeister und Kämmerer nicht der Meinung, dass in der aktuellen Situation Sparmaßnahmen die Haushaltslage gravierend verbessern würden. So fordern die kommunalen Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN noch in dieser Legislaturperiode wirksame Korrekturen an der Steuerreform durch die Bundesregierung zugunsten der Städte und Gemeinden. Seit Monaten setzen sich die GRÜNEN in Wuppertal auf verschiedenen Ebenen für eine Verbesserung der Kommunal Finanzen ein, um das Grundverteilungsproblem zu lösen: auf Bundes- und auf Landesebene und in Form einer Fachkonferenz im vergangenen September.

Bei den Stadtentwicklungsprojekten der nächsten Jahre stellt sich allerdings die Frage, ob GRÜNE Bedingungen und Kriterien an Projekte angesichts der konservativen Mehrheit umsetzbar sind.

Kriterien der Wuppertaler Agenda 21 - z.B. im Bereich der Mobilität und der Infrastruktur- müssen bei jedem einzelnen Projekt berücksichtigt und umgesetzt werden.

So ist auch das Projekt Lebensader Wupper ebenso wichtig wie die Aufwertung und Entwicklung der Stadtteile links und rechts der Wupper.

Ja zum Döppersberg und Media- Standort!

Die GRÜNEN halten am Projekt Umbau Döppersberg fest, knüpfen allerdings Bedingungen daran: Wir werden z.B. keine "Betonwüste" in Kauf nehmen, sondern auf eine nachhaltige, attraktive Umgestaltung bestehen, bei der die Interessen aller Menschen im Vordergrund stehen.

Bei der Umsetzung der Planung des Döppersberg sind die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt, an der viele BürgerInnen teilgenommen haben, einzuarbeiten.

Es muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen und AutofahrerInnen geschaffen werden.

Der Döppersberg ist wichtig, er gehört zu den "weichen Wirtschaftsfaktoren". Als investive, standortsteigernde Maßnahme ist er unverzichtbar.

Der Media-Standort Wuppertal wird von den GRÜNEN ebenso befürwortet. Dort ist ein Investitionsvolumen durch bestehende und neu zu gründende Unternehmen von 330 Mio. DM zu erwarten.

Der Bereich Arrenberg soll in die Planung integriert werden, ebenfalls das Ferdinand-Sauerbruch-Klinikum und die Hauptschule Simonstraße. Ein weiterer S-Bahnhof ist schon in Pläne eingearbeitet worden, die Haltestelle soll direkt vor die Villa Media gelegt werden.

Soziale Leistungen erhalten!

Wir sind der Auffassung, dass trotz der schlechten Wirtschaftslage Investitionen dringend getätigt werden müssen, um Stadtentwicklung in Form konkreter Projekte voranzubringen. Einzelsparmaßnahmen wie z.B. die Schließung von Stadtteil- oder Schulbibliotheken sind nicht dazu in der Lage, die Haushaltssituation in notwendigem Ausmaß zu verbessern. Urgrüne Forderungen müssen aufrechterhalten werden, weil Wuppertal ohne eine ausreichende kommunale Grundausstattung die Anforderungen einer sozialen Stadt nicht mehr erfüllen kann. Wir setzen uns massiv für die Stärkung der sozialen Projekte in Wuppertal ein. Der Antrag der Initiativen um 3%ige Zuschusserhöhungen an den städtischen Haushalt, um ihre Einrichtungen aufrechterhalten zu können, wird von uns unterstützt.

Wir müssen die Daseinsvorsorge für sozial Benachteiligte gewährleisten, es dürfen keine Kürzungen für sozial Schwächere beschlossen werden.

Wenn Einrichtungen geschlossen werden, werden sie es auch in besseren Zeiten bleiben. Als Kompromiss kann gegebenenfalls durch intelligente Lösungen (z.B. Stadtteil- und Schulbibliotheken: Personal wird halbtags jeweils in den Schulbibliotheken und in den Stadtteilbibliotheken eingesetzt) gegengesteuert werden.

Die D-Mark geht, der Euro kommt, die Städtischen Geldsorgen bleiben.

Natur nicht zerstören

■ Bebauung an der Luhnsfelder Höhe noch immer nicht vom Tisch

Es geht mal wieder um den Flächennutzungsplan und hier besonders um den Bereich Luhnsfelder Höhe.

Es ist schon verwunderlich, mit welcher Ignoranz die Verwaltungsspitze und die beiden großen Parteien CDU und SPD an dem Vorhaben festhalten, an der Luhnsfelder Höhe ein Stück Natur zu zerstören und eine Bebauung mit allen Mitteln durchsetzen wollen. Gerechtfertigt wird dies mit dem Hinweis auf das sogenannte Einfamilienhaus-Programm, dessen Prognosen jedoch höchst fragwürdig sind.

Wer auf der einen Seite wegen Schülermangel an die Schließung von Schulen denkt, kann doch auf der anderen Seite nicht mit dem Bedarf an

Einfamilienhäusern argumentieren. Wuppertal hat, wie fast alle Städte, einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, und wenn man dem entgegenwirken will, sollte man bedenken, dass eine intakte Natur bei den Menschen einen hohen Stellenwert hat. Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Bezirksregierung Düsseldorf haben entschieden, dass gegen die Änderungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Wuppertal landesplanerische Bedenken bestehen. Das heißt im Klartext: Von Seiten des Landes kann es keine Genehmigung für die Bebauung der Luhnsfelder Höhe geben. Es sei denn, man setzt sich in Wuppertal über die Bedenken hinweg und zieht Strippen, von denen

NormalbürgerInnen keine Ahnung haben! Die Schreiben der Bezirksregierung und des Ministeriums liegen auch der Stadt Wuppertal vor und man weiß auch dort, dass es ca. 6.000 Unterschriften gegen die Bebauung gibt. BürgerInnenwille und Vernunft, Erhalt einer schützenswerten Landschaft scheinen bei unseren Verwaltungsspitzen und den meisten Politikern keinen Stellenwert zu haben. Man will mit aller Macht die Bebauung durchsetzen und damit dem Investor und nur diesem nutzen! In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf machte der Vertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nochmals klar, dass die GRÜNEN in der Bezirksvertretung und auch im Rat der Stadt eine Bebauung aller Flächen im Landschaftsschutz ablehnen.

Slowmotion

■ Ein Video über den Widerstand gegen den Castor

Christian Ströbele steht beeindruckt an der Strecke. Der GRÜNE Bundestagsabgeordnete beobachtet die Räumung von Robin Wood-AktivistInnen, die sich auf der Strecke des Castortransports nach Gorleben einbetoniert haben.

Es schmerzt ihn sichtlich, auf der Seite der Vollstrecker stehen zu müssen. DemonstrantInnen tragen kopierte Trittmasken. Antje Radcke, ehemalige Bundessprecherin der GRÜNEN, demonstriert mit ihnen. Denn "es ist nicht ungefährlicher, weil die Grünen mitregieren." Es stimmt, besonders als GRÜNER, nachdenklich, den Film "Slowmotion" des Wuppertaler Medienprojektes zu sehen. Drei Wuppertaler Schülerteams haben den Castortransport nach Gorleben im März dieses Jahres

begleitet. Sie zeigen in eindrucksvollen Bildern den erbitterten Widerstand der wendländischen Bevölkerung und die Brutalität der Polizei. Da füllen Kinder Sandsäcke, blockieren junge Menschen singend die Transportstrecke und der Biobauer handelt aus Angst um seine Ernte. Die Hundertschaften der Polizei machen keinen Unterschied: Demonstrant ist Befehlsobjekt, also Gegner. Slowmotion zeigt das Volk, das sich da wehrt gegen den entmenslichten Staat. Teil der Massen sind auch Wuppertaler BürgerInnen im Konflikt mit Wuppertaler PolizistInnen - in Niedersachsen. Es ist ein außergewöhnliches Stück Dokumentation geworden, mitreißend und nachdenklich zugleich. Und jeder Förderung würdig, wenn Björks Friedenshymne die bürgerkriegsähnlichen Polizeiaktionen kommentiert. Das Medienprojekt beweist sich erneut als rare Perle Wuppertaler Kulturpolitik.

Neben weiteren bundesweiten Auszeichnungen für die Arbeit der Videowerkstatt wurde am ersten Wochenende des Dezember „Slowmotion“ mit einem Sonderpreis des Bundeswettbewerbs Jugend und Video 2001 in Rostock gewürdigt.

Kaffeemaschine selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“ damit einverstanden, daß bei der Änderung meiner Anschrift die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift weitergeleitet wird.

Ratschronik vom 24.9.2001

Sozialhilfe bei Erwerbstätigen

In der öffentlichen Diskussion über die Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) wird als wesentlicher Aspekt u.a. hervorgehoben, dass geringverdienende Arbeitnehmer/innen, die ihren gesamten Lebensunterhalt mittels Einkommen aus Erwerbsarbeit (gegebenenfalls zzgl. Kinder- und Wohngeld) bestreiten, oftmals unter dem Bedarf einer sozialhilfebeziehenden Haushaltsgemeinschaft vergleichbarer Größe liegen.

Auf die Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion, wie viele Haushalte in Wuppertal über ein Gesamteinkommen verfügen, das unterhalb des Sozialhilfe-Regelsatzes liegt, antwortete die Verwaltung: von insgesamt 13.614 Sozialhilfebeziehern/innen im erwerbsfähigen Alter sind in Wuppertal 863 Vollzeit-Erwerbstätige und 888 Teilzeiterwerbstätige. Wie viele Menschen trotz Ansprüchen keine ergänzenden Sozialhilfeleistungen beantragen, konnte die Verwaltung leider nicht beantworten.

Arbeitserlaubnis für Asylbewerberinnen und Flüchtlinge

Seit dem 1.1.2001 dürfen Asylbewerberinnen und geduldete Ausländerinnen nach einer einjährigen Wartezeit

in Deutschland arbeiten. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 32 a Ausländergesetz haben, stehen ohne Wartezeit dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Vor der Arbeitsaufnahme gilt es jedoch zu prüfen, ob nicht ein bevorrechtigter Arbeitnehmer – also ein arbeitsloser Deutscher oder EU-Ausländer (je ein Monat Wartezeit ab Bekanntgabe der Vakanz durch das Arbeitsamt) – für die Stelle zur Verfügung steht.

Während in allen anderen Bundesländern die Prüfung im Einzelfall im Sinne der Vorrangvermittlung entschieden wird, gibt es in NRW nach wie vor eine Sperrliste für bestimmte Berufsgruppen. Diese Sperrliste umfasst derzeit 38 Berufe. De facto bleibt also das Arbeitsverbot für Asylbewerberinnen und Bürgerkriegsflüchtlinge in NRW aufgrund dieser sogenannten "globalen Arbeitsmarktprüfung" so gut wie bestehen. Die GRÜNEN hatten u.a. beantragt, diese Prüfung aufzuheben und dies bei den entsprechenden Landesbehörden einzufordern.

Der Rat der Stadt hat auf Antrag der Mehrheitsfraktion den Beschlusssentwurf in den Ausschuss Gesundheit und Soziales zur weiteren Beratung verschoben.

Antrag auf Koordinierungsstelle bei Mobilfunkanlagen

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion, in der Verwaltung eine Koordinierungsstelle als Informations- und Anlaufstelle für BürgerInnen und für Mobilfunkbetreiber einzurichten und eine Datenbank anzulegen, in der bereits bestehende und geplante Standorte von Mobilfunkanlagen enthalten sind, wurde an die Fachgremien weitergeleitet und wird in einer der nächsten Ratsitzungen zur Beschlussfassung vorgelegt.

Schokoticket beschlossen

Die GRÜNEN, die sich seit Jahren dafür einsetzen, dass SchülerInnen ein bezahlbares ÖPNV-Ticket bekommen, haben der Einführung des Schokoticket zugestimmt. Damit können SchülerInnen ab 2002 Jahreskarten für das gesamte VRR-Gebiet zu vertretbaren Preisen bekommen.

Schwimmoper

Im Rat wurde das Thema Schwimmoper zum Anlass für eine kontroverse Auseinandersetzung genommen. Eine große Koalition aus CDU und SPD hatte sich schon im Vorfeld für eine Nutzung der Schwimmoper als Welt-

raum-Themenpark ausgesprochen. In dem Zusammenhang sollte das Kurbad geschlossen werden und hierfür ein Ersatzbad auf der Talachse gebaut werden. Die GRÜNE Fraktion ist hier anderer Auffassung und hat einen Antrag in den Rat eingebracht, der die Sanierung sowohl der Schwimmoper als auch des Kurbades zum Inhalt hat. Dafür sollten Verhandlungen mit den WSW aufgenommen werden, um dies über ein Contracting-Modell zu verwirklichen.

CDU und SPD blieben jedoch bei ihren Vorstellungen. Bei dieser zu treffenden Grundsatzentscheidung ist die Wirtschaftlichkeit des Aerospace-Centers der Dreh- und Angelpunkt. Diese wurde jedoch schon von journalistischer Seite sehr in Zweifel gezogen, war doch der Investor (ASP Aerospace-Plaza GmbH) über einen längeren Zeitraum für die Vertreter der Medien nicht zu erreichen. Aufträge im Ausmaß wie in Wuppertal geplant wurden noch nie von der Firma getätigt, die Zahl der jährlichen BesucherInnen ist mit 300.000 auch sehr hoch angesetzt. Der Rat hat den Grundsatzbeschluss verweigert, um die Fragen der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Konzeptes zu prüfen. Kritisiert wurde im Rat auch, dass nicht nur die erste Ausschreibung von europäischer Ebene aus bemängelt wurde, sondern jetzt auch die zweite Ausschreibung im Verdacht steht, nicht korrekt durchgeführt worden zu

sein. Ein weiterer Kritikpunkt an der Umgestaltung der Schwimmoper ist, dass sie unter Denkmalschutz steht, sowohl die Außenfassade als auch der gesamte Innenbereich.

Die städtischen Gremien werden also weiter über die Zukunft der Schwimmoper beraten.

Zuschuss zum Ticket 2000 gestrichen

Gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossen CDU und FDP die Streichung des Zuschusses für städtische Angestellte zum Ticket 2000. Nun steht zu befürchten, dass vermehrt MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung wieder auf den PKW als Fortbewegungsmittel zurückgreifen und nicht den ÖPNV nutzen. Aus umweltpolitischer Sicht ist diese Entscheidung ein herber Rückschlag. Der Vorbildcharakter der Stadt Wuppertal hat dadurch einen großen Schaden erlitten. Die Förderung des ÖPNV insgesamt erfährt durch diesen Beschluss einen Vertrauensverlust. Darüber hinaus hat das Umweltmanagementteam errechnet, dass durch die Nutzung des Ticket 2000 durch städtische Angestellte (insgesamt 2.000) rund 250 Tonnen CO₂-Emissionen gegenüber der PKW-Nutzung eingespart wurden. Diese Tatsache scheint CDU und FDP allerdings nicht zu interessieren.

Zukunft des Wuppertaler Klinikums

Der Rat der Stadt hat beschlossen, dass verschiedene Anstrengungen zeitgleich unternommen werden, um die Überlebensfähigkeit des Klinikums zu gewährleisten. Es wird verstärkt versucht, eine Kooperation aller Wuppertaler Krankenhäuser zu erreichen mit dem Ziel, hier Synergieeffekte zu schaffen. Dieses Vorgehen fand die volle Unterstützung der GRÜNEN; der Auftrag, einen Mitgesellschafter zu suchen, wurde von der GRÜNEN Fraktion abgelehnt.

Sicherung der Rheinischen Strecke

Der Rat beschloss, dass sich die Stadt für eine dauerhafte Sicherung der Rheinischen Strecke als durchgehendes Trassenband einsetzt. Entsprechende Verhandlungen mit der Deutschen Bahn Immobiliengesellschaft und dem Land NRW über die konkreten Modalitäten werden nun aufgenommen. Damit ist ein Schritt in die Richtung der Reaktivierung der Strecke gemacht, die nach Ansicht der GRÜNEN notwendig ist, um die Stadt von motorisiertem Verkehr zu entlasten. Der Rat wird zu gegebener Zeit über die Verhandlungsergebnisse unterrichtet und dann eine Entscheidung treffen.

Auf und ab im Rathaus

Ratschronik vom 5.11.2001

Änderung des Flächennutzungs- und Bebauungsplanes Nösenberg, Bahnstraße Ost

Die Bezirksvertretung Vohwinkel hatte einstimmig gegen das geplante Gewerbegebiet gestimmt. Bis 2015 wird eine Mehrbelastung durch Verkehr von 46% erwartet; das einzige Naherholungsgebiet im Bereich des Tescher Busches würde den AnwohnerInnen genommen. Die Fläche liegt innerhalb eines regionalen Freiraumbandes. Die geplante Bebauung wird negative Auswirkungen auf den Bodenhaushalt haben. Aus diesen Gründen ist die GRÜNE Fraktion im Rat dem Beschluss der Bezirksvertretung gefolgt und hat ebenfalls abgelehnt.

Zivile Nutzung der Bundeswehrfläche GOH-Kaserne

Die Verwaltung legte in der Ratssitzung einen Sachstandsbericht zur Nutzung der Kaserne vor, die vom Rat einstimmig begrüßt wurde. Einstimmig beschloss der Rat der Stadt, dass die Verwaltung einen städtebaulichen Rahmenplan für die GOH-Kaserne in Wuppertal entwickeln soll. Dies entspricht in Teilen einem Ratsantrag der GRÜ-

NEN, der einen Nutzungs-Mix aus Gewerbefläche auf der Fläche der Kaserne und Naherholung im Bereich Scharpenacken fordert.

Ein ebenfalls in der Ratssitzung eingebrachter Antrag der FDP zur Nutzung des Kasernengeländes erwies sich damit zwar als überflüssig, wurde jedoch trotzdem einstimmig beschlossen, da er nicht im Widerspruch zur Position der GRÜNEN Fraktion steht.

Antrag auf Auflösung der Wuppertal-GmbH

Dem Antrag der Gruppe der PDS, die Wuppertal-GmbH aufzulösen, stimmte einzig die Fraktion der GRÜNEN zu. Gerade in den letzten Monaten war ein Schwerpunkt des GRÜNEN Engagements die Wirtschaftsförderung, die durch schlechtes Management der Wuppertal-GmbH in die Schlagzeilen geriet. Die GRÜNEN fordern schon seit Jahren, die Wirtschaftsförderung als Stabstelle (direkt dem Oberbürgermeister unterstellt) wieder in die Kernverwaltung zurückzuführen, um die Kontrollmöglichkeiten zu verbessern. Verschiedene Anträge der Fraktion haben in der Vergangenheit keine Mehrheit

gefunden, auch die Unterstützung dieses Antrags fand keine Zustimmung der anderen Fraktionen. Die Politik in Wuppertal nimmt sich damit zum wiederholten Mal die Chance, die Wirtschaftsförderung besser politisch steuern zu können.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs und Handlungsbedarfe

Dem Rat wurde eine Drucksache der Verwaltung vorgelegt, in dem der Rückgang der Bevölkerung Wuppertals und dessen negative Auswirkungen in den nächsten Jahren detailliert beschrieben wurde. Die GRÜNEN sind sicher, dass diesem Prozess nur mit stadteutwicklungspolitischen Programmen wie der Regionale 2006 und der Entwicklung des Döppersberg zu begegnen ist.

Integration in Wuppertal

Die Integrationsoffensive der rot-grünen Landesregierung wurde vom Rat ausdrücklich begrüßt. Der Rat beschloss einstimmig, eine Übersicht über Integrationsmaßnahmen für in Wuppertal lebende Migran-

tinnen zu erstellen mit dem Ziel, die Integrationsmöglichkeiten zu verbessern, z.B. Frauen verbesserte Chancen zur Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen. Die grundsätzliche Herangehensweise an Integration ist die "Begegnung auf gleicher Augenhöhe". Insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Seniorenpolitik sowie Maßnahmen im Bereich schulischer und außerschulischer Aus-, Fort- und Weiterbildung stehen im Zentrum der Verbesserung der Integrationsmöglichkeiten für MigrantInnen.

Bauleitplanverfahren Westfalenweg/Wilhelm-Raabe-Weg

Die GRÜNEN waren auch bei diesem Tagesordnungspunkt die einzige Fraktion, die sich gegen den Vorschlag der Verwaltung aussprach, weil die geplante Wohnbebauung zu massiv war.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan westlich Wittener Straße

Die Wohnsituation der AnwohnerInnen ist schon jetzt durch Verkehrsimmissionen großen Belastungen ausgesetzt. Der Bebauungsplan hätte einen gravierenden Rückgang an Grünfläche zur Folge, die Befürchtung sich häu-

fender Verkehrsunfälle wurde in den Einwendungen ebenfalls zur Sprache gebracht. Die GRÜNEN waren die einzige Fraktion, die den Einwendungen entsprochen hat und gegen den Bebauungsplan gestimmt hatte.

FDP bevorzugt Hauseigentümer

Eine Drucksache über die städtischen Verwaltungsgebühren wurde von der konservativen Ratsmehrheit auf Antrag der FDP geändert: die Gebühr für die Bearbeitung von Anträgen auf Genehmigung von Zweckentfremdung von Wohnraum wurde (Vorschlag der Verwaltung: statt bislang 450,- DM nun 620,- DM) nur sehr moderat auf 470,- DM erhöht. Die FDP-Stadterordneten Henke und Köster bekleiden höchste Ämter bei "Haus und Grund". Die Hauseigentümer halten auch in der Kommunalpolitik zusammen, wie hier wieder einmal bewiesen wurde.

Satzung des Seniorenbeirates

Nach langen, zähen Verhandlungen wurde nun die Geschäftsordnung des Seniorenbeirates im Rat beschlossen, die u.a. vorsieht, dass die GRÜNEN endlich ein Mitglied mit beratender Stimme in das Gremium entsenden können.